

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Juli 1957

168/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r , Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
betreffend die Behandlung der Südtiroler-Frage.

-.-.-.-

Reichlich spät, nämlich Anfang März, hat die österreichische Bundesregierung den Notenwechsel mit der italienischen Regierung über die Nichterfüllung des Pariser Abkommens vom 5. September 1956 veröffentlicht. Der Nationalrat hat sodann in der letzten Sitzung der Herbsttagung am 14. März 1957 die nachträgliche Genehmigung des österreichisch-italienischen Abkommens über den erleichterten Warenaustausch zwischen den österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg und der italienischen Region Trentino - Alto Adige, das selbst nur eine Ausführung des Art. 3 lit. d) des Pariser Abkommens darstellt, dazu benützt, zu dem eingangs erwähnten Notenwechsel ausführlich Stellung zu nehmen. Sämtliche Parteien haben der übereinstimmenden Meinung Ausdruck gegeben, dass die italienische Antwortnote vom 30. Jänner 1957 über Südtirol unbefriedigend ist, dass die wichtigsten Punkte des Pariser Abkommens nicht erfüllt sind, so insbesondere die volle Autonomie der Provinz Bozen, also Südtirol, nicht gewährt ist und dass für die Weiterbehandlung dieser ungelösten Fragen der normale diplomatische Verkehr zu schwerfällig und langsam ist. Wir haben in der Debatte die Möglichkeiten aufgezeigt, die sich zu einer wirksameren Behandlung der Angelegenheit darbieten, und stellen daher an den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten die

A n f r a g e :

Welche Schritte hat der Herr Bundesminister seit dem 14. März 1957 unternommen, um die Verhandlungen über die Südtiroler-Frage vor einem geeigneten Forum fortzusetzen, und welche Schritte gedenkt er in dieser Hinsicht weiter zu unternehmen, um für die Lösung dieses brennenden Problems keine Zeit mehr zu verlieren?

-.-.-.-